

Lübeck, 25.Mai 2021

Pressemitteilung zu geplanten Verwaltungsgebühren und dazugehöriger Demo in Kiel

Die Landesregierung in Schleswig-Holstein plant die Erhebung einer sogenannten Verwaltungsgebühr in Höhe von 120 € pro Jahr von allen Studierenden in Schleswig-Holstein. Das verschärft die ohnehin schon starke Armutsgefährdung von Studierenden kritisieren die ASten der Universität zu Lübeck sowie der Technischen Hochschule Lübeck. Die Studierendenvertretungen rufen daher zu einer gemeinsamen Demonstration um 13 Uhr vor dem Audimax der CAU Kiel auf.

Bildung muss für alle zugänglich sein. Die knappe Haushaltslage darf nicht dazu führen, dass Studieren ein Luxusgut wird, welches sich nur noch Kinder von reichen Eltern leisten können. 60 € pro Halbjahr mögen erstmals nach nicht viel klingen, jedoch sind schon jetzt über 35% der Studierenden armutsgefährdet. Für diese Menschen stellt die geplante Verwaltungsgebühr eine enorme finanzielle Belastung dar

meint Anja Köhl vom AStA der Universität zu Lübeck.

Die geplante Verwaltungsgebühr legt die Axt an den freien Zugang zur Bildung für Alle. Was die Landesregierung hier als Verwaltungsgebühr verkaufen will, stellt nichts anderes als die heimliche Einführung von Studiengebühren durch die Hintertür dar

kritisiert Patrick Hahn, Mitglied des Kampagnenteams gegen Verwaltungsgebühren.

Demonstration in Kiel

Die Demonstration startet um 13 Uhr vor dem Audimax der CAU Kiel. Um 14 Uhr findet die Abschlusskundgebung vor dem Landtag statt. Von Lübeck aus organisieren die ASten der TH-Lübeck sowie der Uni Lübeck eine Anreise per Zug für die Demonstrationsteilnehmenden.

Hintergrund

Die Landesregierung in Schleswig-Holstein plant die Einführung einer Verwaltungsgebühr in Höhe von 60 € pro Semester ab dem Jahr 2026. Diese Gebühr würde auf den Semesterbeitrag aufgeschlagen werden, welcher sich somit auf schätzungsweise 333,20 Euro (Uni Lübeck) bzw. 334 Euro (TH Lübeck) belaufen würde.

Im Jahr 2021 waren 37,9 % der Studierenden in Deutschland armutsgefährdet. Diese Quote übersteigt die der Gesamtbevölkerung (15,8%) um mehr als das Doppelte[1]. Die Armutsquote von Studierenden, die allein oder in Wohngemeinschaften leben, beträgt sogar 80,2%[2].

Getrieben von Inflation und Kriegen verschlechtert sich die finanzielle Situation vieler Student:innen dabei seit Jahren.

Pressekontakt

Patrick Hahn
Teil des Kampagnenteams
patrick.hahn@student.uni-luebeck.de

Quellen

- [1] „37,9 % der Studierenden in Deutschland waren 2021 armutsgefährdet“: Statistisches Bundesamt, 16.11.2022, [online] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html.
[2] „Armut von Studierenden in Deutschland“: Paritätische Forschungsstelle, 05.06.2024, [online] https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/2024_06_05_expertise_bafoeg_final.pdf

Allgemeine Studierendenausschüsse der Universität zu Lübeck und der Technischen Hochschule Lübeck

Der ASTA ist die gewählte Studierendenvertretung der Hochschule und damit das Sprachrohr der Studierendenschaft. Er vertritt alle Studierenden nach innen gegenüber der Universität, sowie nach außen etwa gegenüber dem Studentenwerk, der Presse oder der Politik.